



Peter Moser

Ja zur Personenfreizügigkeit - Nein zur Pauschalbesteuerung

Eine Analyse der Zürcher Abstimmungsergebnisse vom 8.2.2009

Klares Verdikt für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit

Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien wurde im Kanton Zürich wie auch in der übrigen Schweiz überraschend deutlich angenommen. 62% betrug der Ja-Stimmenanteil im Kanton, sogar geringfügig mehr als vor 4 Jahren (Sept. 2005: 59%), als erstmals über eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedsländer abgestimmt wurde. Offensichtlich hat die rasante Eintrübung der Konjunkturaussichten in den vergangenen Monaten zumindest vorderhand nicht den von vielen befürchteten - und einigen erhofften? - Effekt gehabt, dass der Arbeitsmarkt als Nullsummenspiel wahrgenommen wird, in dem der Gewinn des Einen den Verlust des Anderen bedeutet.

Die Visualisierung der Resultate in der politischen Landkarte des Kantons Zürich (Grafik 1)¹ macht deutlich, dass zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens in den Gemeinden ausschliesslich die vertikale Achse relevant ist: In Gemeinden mit einer nationalkonservativen Stimmbürgerschaft war die Zustimmung klar tiefer als in den eher progressiv eingestellten Gebieten. Der Korrelationskoeffizient (r) zwischen der vertikalen Achse und dem Ja-Stimmenanteil beträgt nicht weniger als 0.88, was ein sehr hoher, nahe beim Maximum 1 liegender Wert ist. Man kann daraus schliessen, dass die politisch-ideologische Ausrichtung der Stimmbürgerschaft entscheidenden Einfluss auf das Abstimmungsverhalten hatte. Das war im übrigen bei allen europapolitischen Abstimmungen der vergangenen 20 Jahre der Fall (siehe auch Grafik 2).

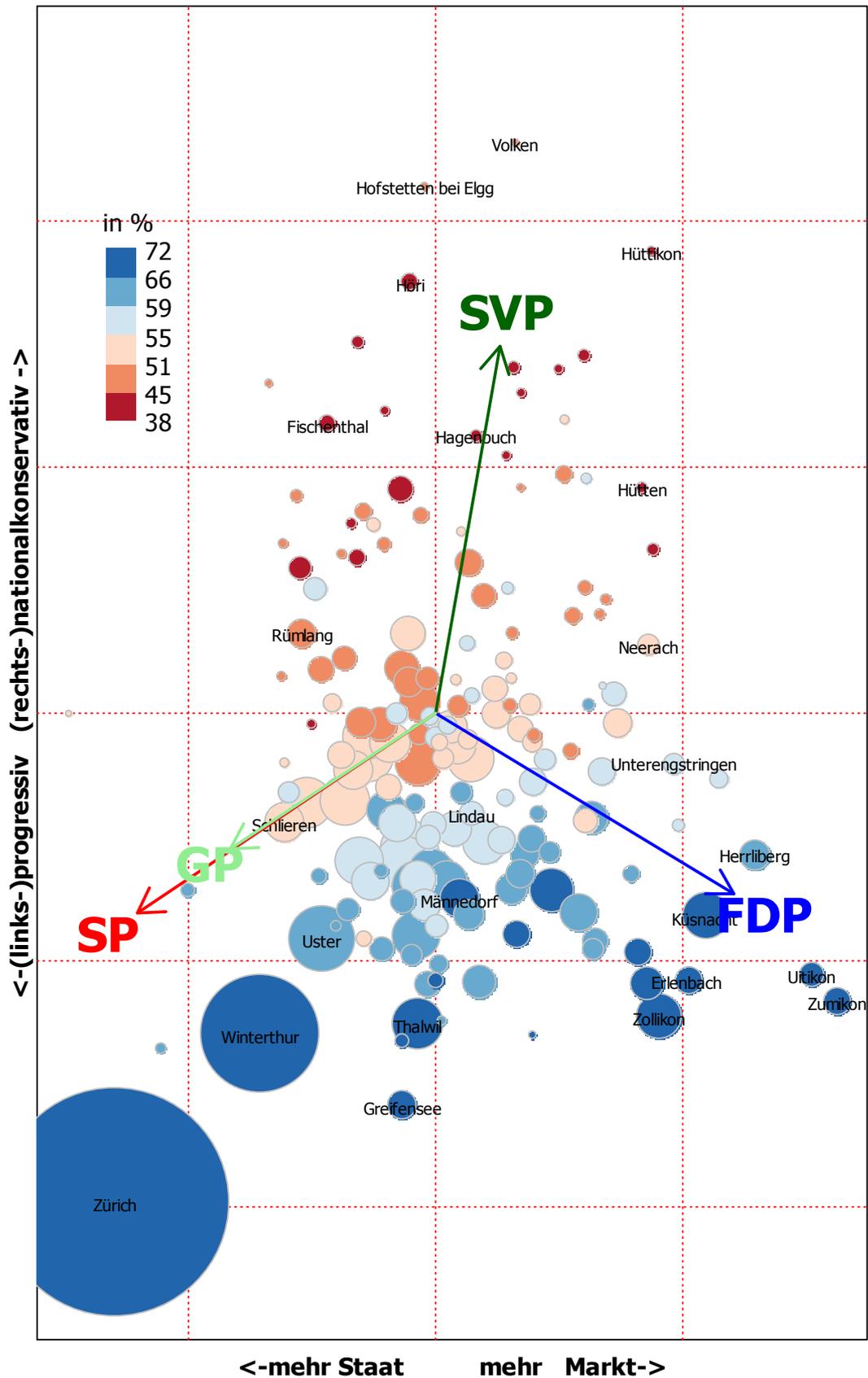
Das klare Muster legt aber auch nahe, dass die Zustimmung zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in der SVP-Wählerschaft unterdurchschnittlich, in der SP- und FDP-Wählerschaft dagegen überdurchschnittlich war (Grafik 5). Angesichts der Parteiparolen überrascht dies nicht.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Zustimmung bedeutet dies: Hohe Ja-Stimmenanteile in Grossstädten, wo die Linksparteien stark sind und in den wohlha-

¹ Die Logik des Verfahrens und die verwendete Skalierungsmethode ist in (Moser 2005) beschrieben.

Grafik 1: Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in der politischen Landschaft des Kantons Zürich

Resultat der eidgenössischen Abstimmung vom 8.2.2009 (Ja-Stimmenanteil in %) und der Nationalratswahlen 2007 für die Parteien (zunehmender Wähleranteil in Pfeilrichtung)



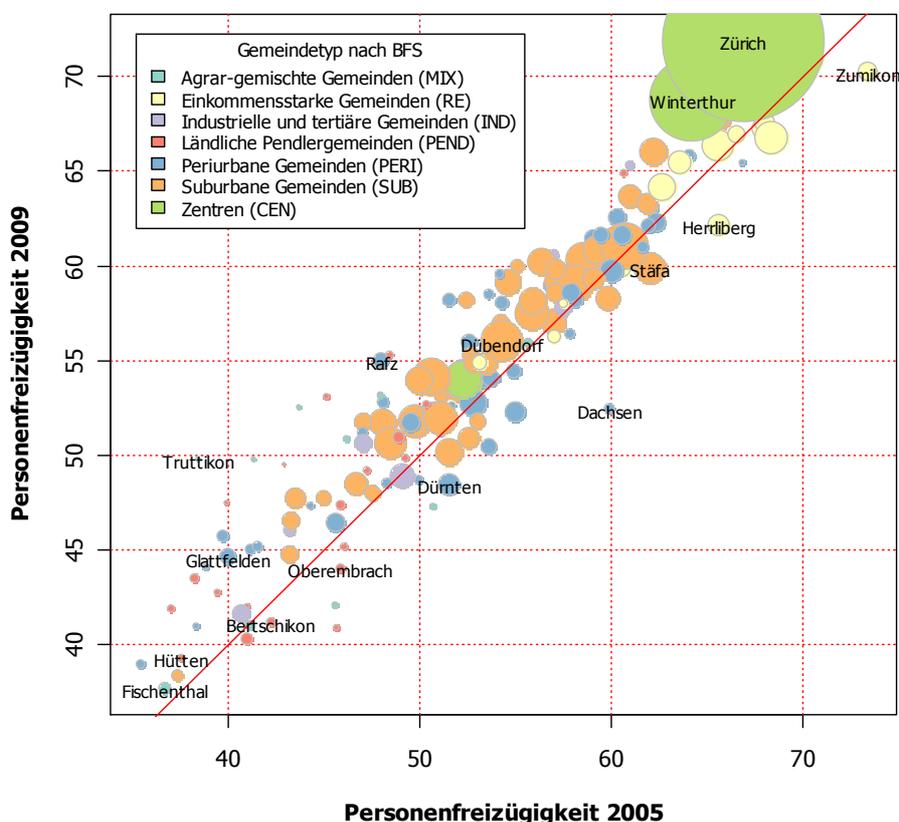
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Moser 2005.

benden Gemeinden am unteren Zürichsee, wo die FDP ihre Hochburg hat, niedrige dagegen in der ländlichen Peripherie des Kantons, wo die SVP dominiert (siehe Kartengrafik 6).

Die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit ist 2009 rund 2.5 Prozentpunkte höher als 2005. Lassen sich aus den relativen Veränderungen der Gemeinderesultate Schlüsse ziehen auf die Entwicklung der Haltung zur EU in bestimmten Gebieten oder Personengruppen? Eine Analyse verschiedener Faktoren (Wähleranteile, soziodemographische Faktoren etc.) zeigt keine signifikanten und systematischen Unterschiede. Grafik 2 ist zu entnehmen, dass der Ja-Stimmenanteil ziemlich generell etwas zunahm: Die meisten Gemeinden liegen oberhalb der roten Linie. Die Vermutung,² dass die Konkurrenz durch Arbeitskräfte aus dem EU-Raum insbesondere in urban-mittelständischen Gebieten, die bisher der Personenfreizügigkeit sehr positiv gegenüberstanden, zu vermehrter Freizügigkeitskepsis geführt hätte, findet in den vorliegenden Aggregatsdaten also keine Bestätigung.

Grafik 2: Ausdehnung der Personenfreizügigkeit 2005 und 2009

Ja-Stimmenanteile der Abstimmungen vom 25.9.2005 und vom 8.2.2009 in %



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

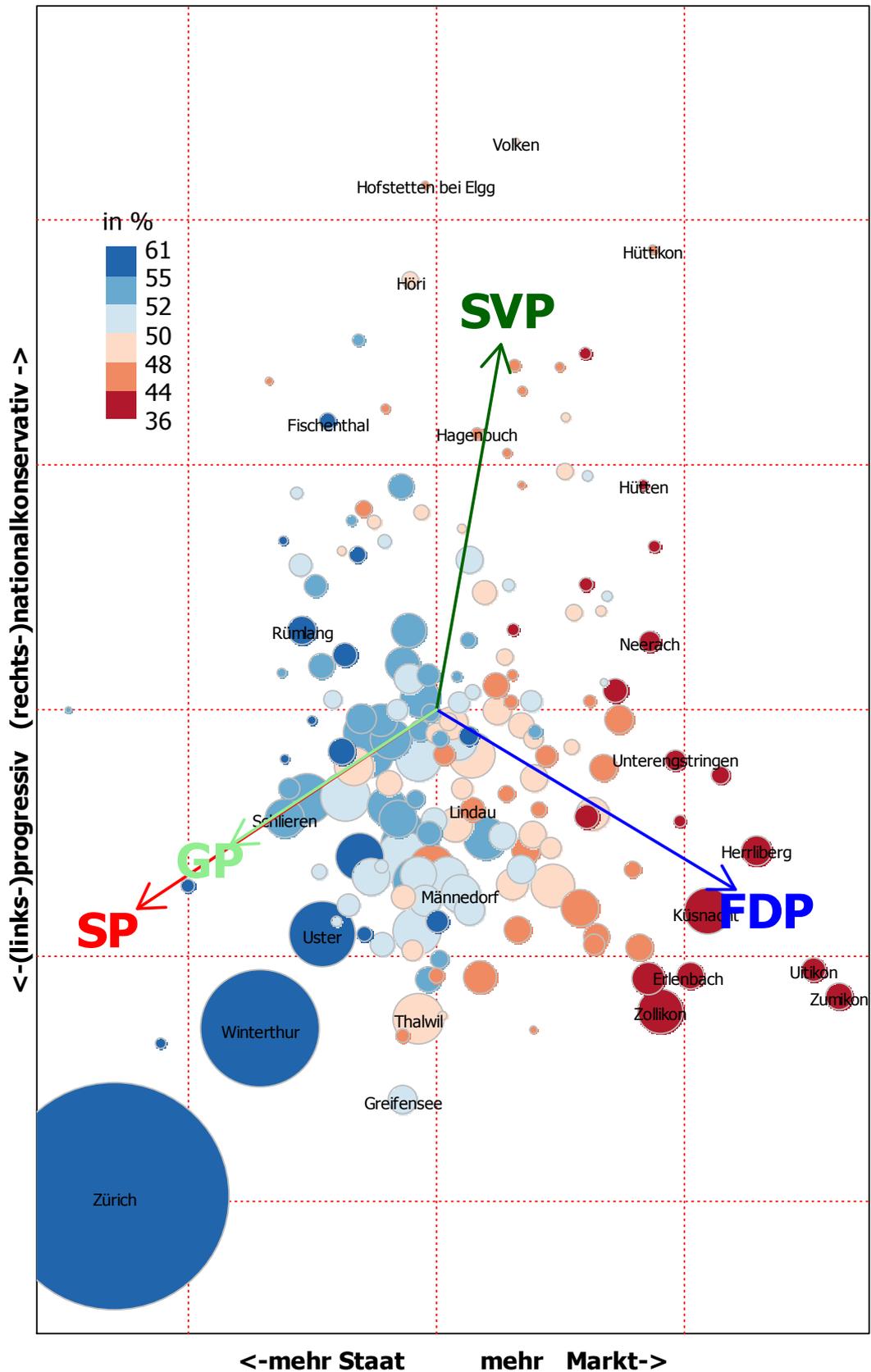
Pauschalbesteuerung wird abgeschafft

53 Prozent der Zürcher Stimmberechtigten waren für eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung zu gewinnen. Sie stimmten damit einer Initiative zu, die von der marginalen Alternativen Liste (AL, Wähleranteil Nationalratswahlen 2007: 0.94%) lanciert wurde, zugunsten derer aber auch die Grünen und die SP die Ja-Parole ausgaben.

² Tages-Anzeiger 27.12.2009 "Selbst EU-Befürworter fürchten sich vor deutscher Konkurrenz".

Grafik 3: Abschaffung der Pauschalbesteuerung in der politischen Landschaft des Kantons Zürich

Resultat der kantonalen Abstimmung vom 8.2.2009 (Ja-Stimmenanteil in %) und der Nationalratswahlen 2007 für die Parteien (zunehmender Wähleranteil in Pfeilrichtung)



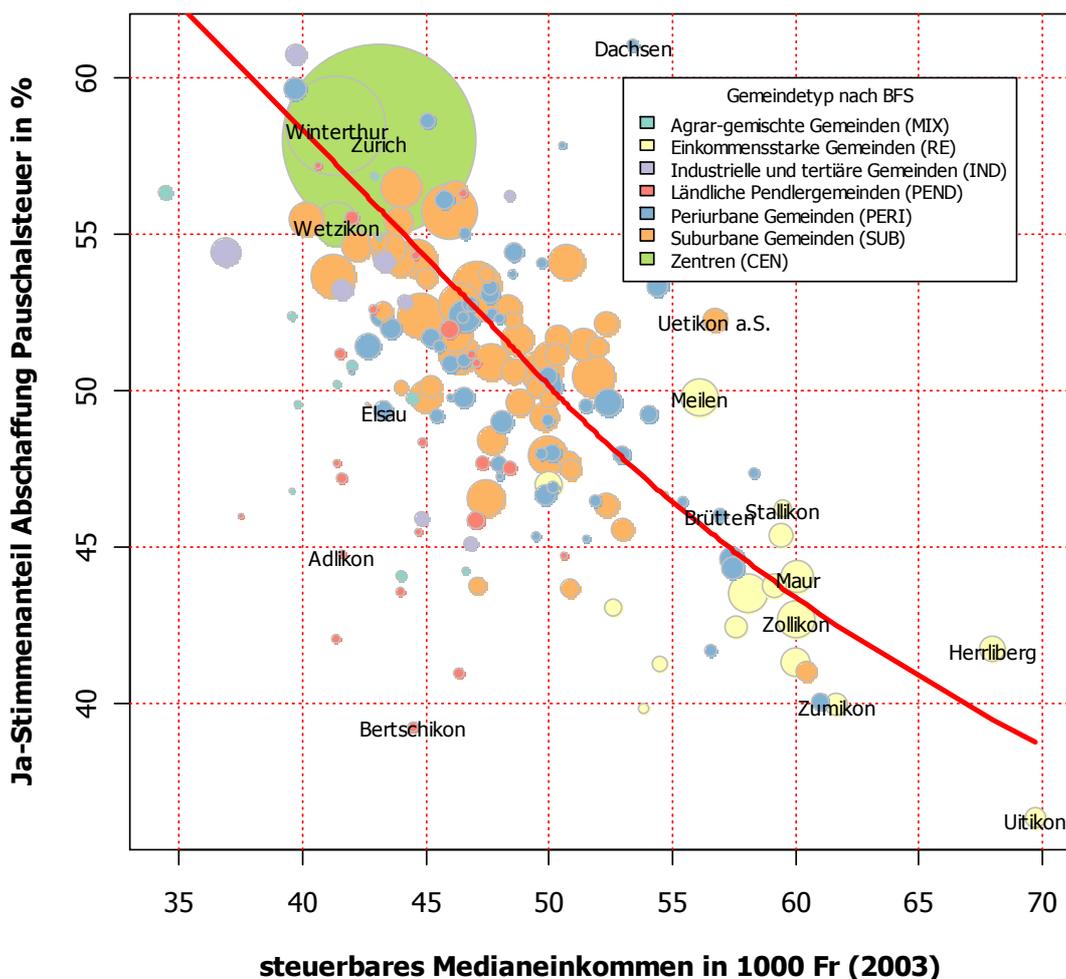
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Moser 2005.

Welche politisch-ideologische Opposition diese Vorlage "aktivierte", ist aus Grafik 3 klar ersichtlich: Es ist die horizontale Achse, und damit der Gegensatz zwischen denjenigen, die den (Steuer-)Wettbewerb als Steuerungsmechanismus bevorzugen und jenen, die eher auf den Staat zur Herstellung der (Steuer-) Gerechtigkeit setzen.

Keine Gnade fand die Abschaffung der Pauschalbesteuerung folglich in den Seegemeinden und in Uitikon – und damit bei der FDP-Wählerschaft – während in den Städten Zürich und Winterthur die Zustimmung hoch war (siehe auch Grafik 6), was auch impliziert, dass unter der Wählerschaft der Linksparteien (SP, Grüne, AL) die Befürworter der Initiative mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Mehrheit waren. Für die Wählerschaft der SVP lässt sich eine derartige Aussage trotz der SVP-Nein-Parole auf Grund unserer Daten hingegen nicht machen. Die Korrelation zwischen dem SVP-Wähler- und dem Ja-Stimmenanteil ist relativ schwach (-0.15; SP: 0.54; FDP 0.48). Ein "Linkspopulistisches" Anliegen, wie die Abschaffung von Steuerprivilegien für Superreiche, findet auch der Wählerschaft einer Rechtspartei wie der SVP Anklang, in der zumal seit ihrer ideologischen Neuausrichtung zur Anti-Elite-Partei zu Beginn der 1990er Jahre, Personen mit geringem Einkommen – vor allem im Vergleich zur FDP – deutlich übervertreten sind (Moser 2005).

Grafik 4: Einkommen und Pauschalbesteuerung

steuerbares Medianeinkommen in 1000Fr. (Staatssteuerstatistik 2003), Ja-Stimmenanteil Abschaffung Pauschalsteuer in %

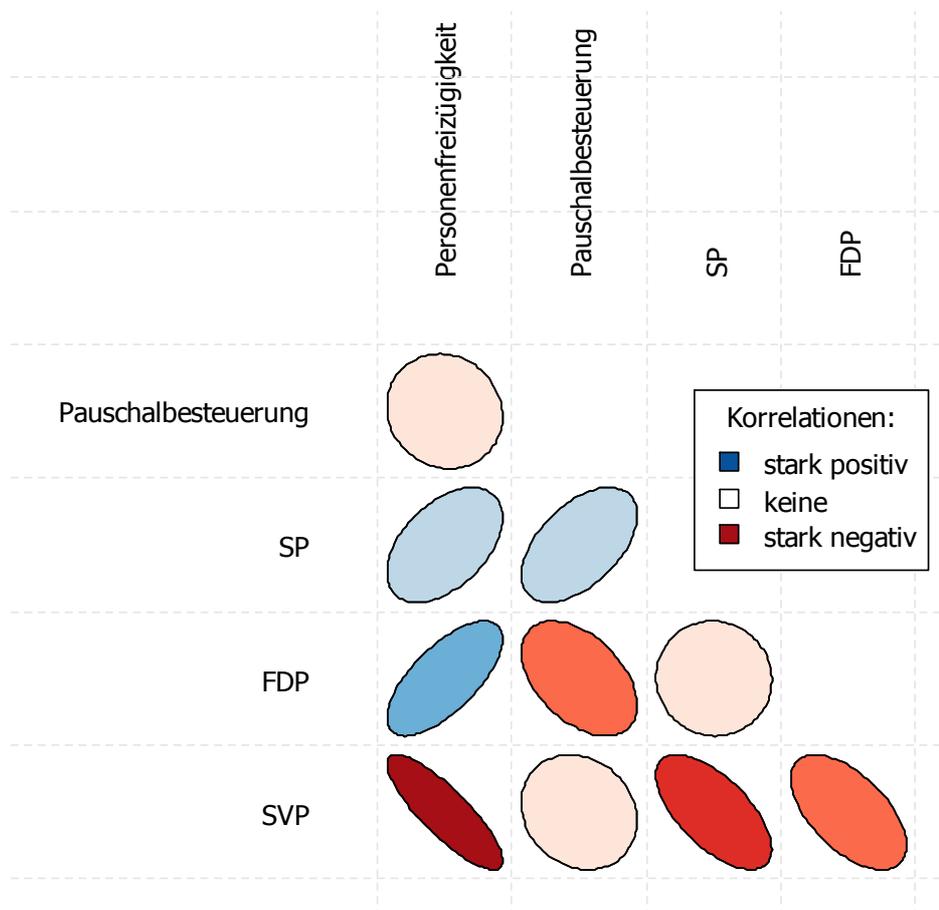


Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Ganz generell gilt, dass die Ja-Stimmenanteile für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung umso höher sind, je niedriger die mittleren Einkommen der Gemeindebewohner sind (Grafik 4, rote Glätterlinie). Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Grössen bleibt auch dann signifikant, wenn man die ideologischen Faktoren kontrolliert. Mit anderen Worten: Die Abschaffung der Pauschalsteuer im Kanton Zürich war über die Wählerschaft der Linken hinaus nicht zuletzt deshalb mehrheitsfähig, weil auch mit dem Blick auf das eigene, vergleichsweise leere Portemonnaie abgestimmt wurde.³

³ Wie stets bei Aggregatsdatenanalysen ist vor Überinterpretationen zu warnen. Jede Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene muss damit rechnen, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy" zu tappen, da das individuelle Abstimmungsverhalten unter diesen Bedingungen nur näherungsweise rekonstruiert werden kann, wenn Annahmen getroffen werden, die zwar plausibel, sind, sich mit diesem Datenmaterial aber nicht direkt belegen lassen. Nur eine demoskopische Nachbefragung kann letztlich mit einiger Zuverlässigkeit zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse als begründete Mutmassung bis zum Widerruf durch eine bessere Datengrundlage brauchbar - wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden im Wesentlichen meist übereinstimmen (Siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen anhand eines Vergleichs von Aggregats- und Befragungsdaten zu den Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008).

Grafik 5: Zusammenhänge zwischen den Abstimmungsresultaten vom 30.11.08 und den Wähleranteilen von SP, FDP und SVP



Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Lesehilfe: Die Ellipsen basieren auf den Korrelationskoeffizienten und zeigen, wie die gemeindeweisen Ja-Stimmenanteile der Abstimmungen untereinander und mit den Wähleranteilen der Parteien bei den Nationalratswahlen 2007 zusammenhängen. Zwei Aspekte lassen sich aus den Ellipsen herauslesen:

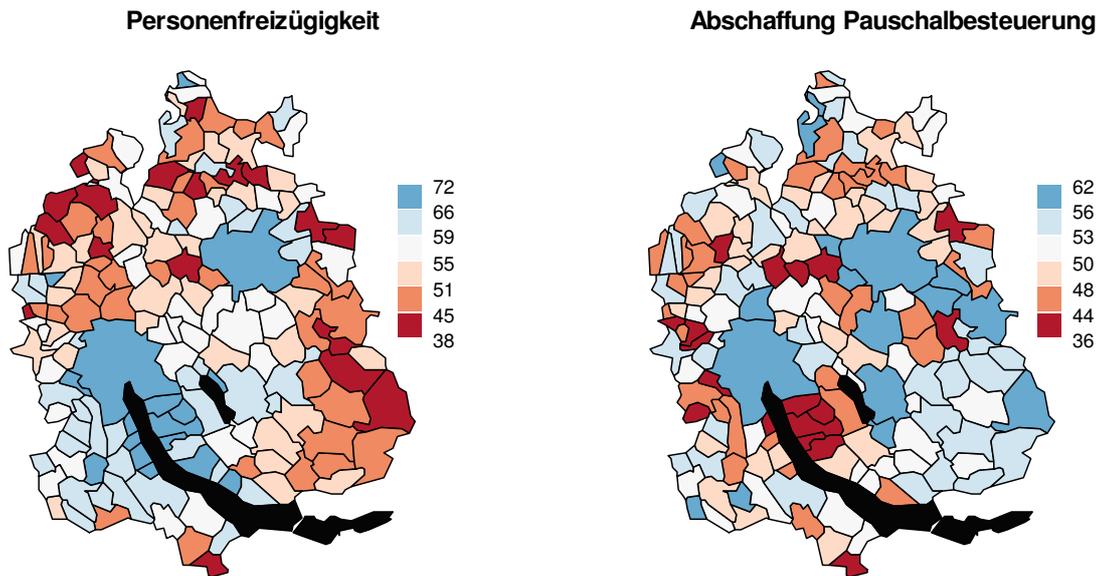
1.) **Richtung des Zusammenhangs:** Die Farbe und die Ausrichtung der Ellipse zeigt ob ein positiver (blau) oder negativer (rot) Zusammenhang besteht. Beispiel: Je höher der FDP-Wähleranteil in einer Gemeinde, desto höher war der Ja-Stimmenanteil für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit (blau) und je höher der SVP-Wähleranteil desto niedriger (rot).

2.) **Intensität des Zusammenhangs bzw. der Korrelation:** Je intensiver die Farbe und je "linsenförmiger" die Ellipse desto stärker der Zusammenhang. Beispiel: Der (negative) Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmenanteil für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und dem SVP-Wähleranteil ist sehr ausgeprägt; man kann deshalb annehmen, dass die Zustimmung für diese Vorlage unter der SVP-Wählerschaft klar unterdurchschnittlich war. Bei der Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist hingegen kein starker statistischer Zusammenhang des Resultats mit dem SVP-Wähleranteil vorhanden.

Der eine oder andere Leser wundert sich vielleicht, weshalb in unseren Abstimmungsanalysen noch immer von den traditionellen drei grossen Parteien die Rede ist, obschon die Grüne Partei nur noch 3 Prozentpunkte weniger Wähler als die FDP hat. Der Grund dafür ist folgender: Die Grundlage einer derartigen Aggregatsdatenanalyse sind regionale Unterschiede in der Verteilung der Parteiwählerschaften, d.h. voneinander unabhängige Varianz in den Wähleranteilen der Parteien. Diese Bedingung ist für SP, SVP und FDP gegeben, die in jeweils unterschiedlichen Gebieten des Kantons ihre "Hochburgen" haben (siehe Moser 2005). Bei der Grünen Partei ist hingegen zum einen die Varianz der Wähleranteile um eine Grössenordnung geringer als bei den drei traditionellen "Grossen": Der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum beträgt bloss 12 Prozentpunkte. Bei der SP sind es 23 der FDP 31 und der SVP sogar 43 Prozentpunkte. Zum andern kovariert der Wähleranteil der Grünen auch mit demjenigen der SP relativ ausgeprägt, was bedeutet, dass ein separater "Grüneneffekt" statistisch nicht fassbar ist. Auf Grafik 1 ist dies daran zu erkennen, dass die beiden Pfeile übereinander liegen.

Grafik 6: Resultate der Vorlagen vom 8. 2. 2009 in den Gemeinden des Kantons Zürich

Ja-Stimmenanteile in %



Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10-, 30-, 50-, 70-, und 90%-Quantil ein: D.h. jene zehn Prozent der Gemeinden mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind jeweils Dunkelrot eingefärbt, weitere zwanzig Prozent mittelrot etc. Insgesamt befinden sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante geographische Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung besonders gut zu erkennen.

Literatur

Moser, Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats- und Befragungsdaten im Vergleich. (statistik.info 04/08). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich - eine Synthese. (statistik.info 15/2005) Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser
Telefon: 044 225 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch